

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Klaus Ernst, Thomas Nord,
Susanna Karawanskij, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/2097 –**

Reichtum in Deutschland – Erfassung und Besteuerung

Vorbemerkung der Fragesteller

Weltweit gibt es eine intensive Debatte über wachsende Ungleichheit. Der französische Ökonom Thomas Piketty hat in seinem breit diskutierten Buch „Capital in the Twenty-First Century“ auf anhaltende Trends der Einkommens- und Vermögenskonzentration hingewiesen und eine deutlich höhere Besteuerung der Reichen verlangt. Auch in Deutschland ist Ungleichheit ein zentrales Thema. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW Berlin) berichtet über eine „anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland“ (siehe DIW Berlin Wochenbericht Nr. 9.2014). Kürzlich hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem „Wirtschaftsbericht Deutschland 2014“ dazu aufgerufen, „das Steuersystem sozial gerechter [...] zu gestalten“. Vor diesem Hintergrund sind verlässliche Daten über die Konzentration von Einkommen und Vermögen besonders wichtig.

1. Welche Studien und welche amtlichen Daten über die Vermögensverteilung in Deutschland liegen der Bundesregierung vor?

Die Bundesregierung verfolgt die Veröffentlichung von Daten und wissenschaftlichen Ausarbeitungen zum Thema Vermögensverteilung zeitnah. Erkenntnisse daraus fließen unter anderem in den Armuts- und Reichtumsbericht ein. Beispielhaft wird auf nachstehende Studien zur Vermögensverteilung ab 2010 verwiesen:

- Die Verteilung der Vermögen in Deutschland, Frick, Joachim; Grabka, Markus; Hauser, Richard; Berlin 2010.
- The Level and Distribution of Global Household Wealth, Davies, James B.; Sandström, Susanna; Shorrocks, Anthony and Wolff, Edward N., The Economic Journal, Oxford 2010.
- Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit – aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen, Frick, Joachim; Grabka, Markus; DIW-Wochenbericht, Berlin 2010.
- Möglichkeiten und Grenzen der Reichtumsberichterstattung, Arndt, Christian; Kleimann, Rolf; Rosemann, Martin; Späth, Jochen; Volkert, Jürgen, Berlin 2010.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 25. Juli 2014 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

- Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising, OECD, Paris 2011.
- Einkommensreich – vermögensarm? Die Zusammensetzung von Vermögen und die Bedeutung einzelner Vermögenskomponenten im europäischen Vergleich; Skopek, Nora; Kolb, Kathrin; Buchholz, Sandra; Blossfeld, Hans-Peter. Berliner Journal für Soziologie 2012.
- Die Verteilung von Vermögen – eine Analyse der Länder USA, Italien, Spanien, Deutschland und Schweden, Manuel Melzer, Wirtschaft und Gesellschaft 2012.
- Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Bundesbankstudie, Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 2013.
- Aktualisierung der Berichterstattung über die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland, Arndt, Christian; Boockmann, Bernhard; Dengler, Carina; Kleimann, Rolf; Neugebauer, Katja; Rosemann, Martin; Schmid, Kai; Späth, Jochen; Scheurle, Ulrich; Tiefensee, Anita; Bonn 2013.
- The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey, Results from the First Wave, Eurosystem Household Finance and Consumption Network, 2013.
- Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, Grabka, Markus; Westermeier, Christian, DIW-Wochenbericht, Berlin 2014.
- How Fat is the Top Tail of the Wealth Distribution?, Vermeulen, Philip, ECB-Working Paper Series 1692/2014.

Die wichtigsten Datengrundlagen zur Vermögensverteilung in Deutschland sind derzeit:

- die alle fünf Jahre (zuletzt im Jahr 2013) durchgeführte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) der amtlichen Statistik,
- das in den Jahren 2002, 2007 und 2013 um Vermögensfragen erweiterte Sozio-ökonomische Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW),
- die vom Statistischen Bundesamt jährlich veröffentlichte Erbschaft- und Schenkungssteuerstatistik.
- die 2010/2011 erstmals von der Bundesbank in Auftrag gegebene Befragung „Private Haushalte und ihre Finanzen“, (aktuelle Ergebnisse unter: www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Standardartikel/Bundesbank/Forschungszentrum/studie.html).

Das Statistische Bundesamt und die Deutsche Bundesbank haben darüber hinaus im Jahr 2010 erstmals integrierte Vermögensbilanzen vorgelegt. Diese erlauben eine umfassende Darstellung des Bestandes und der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen und der sektoralen Geld- und Sachvermögen in Deutschland. Methodische Grundlage ist stets das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 95). Dieses methodisch-statistische Rahmenwerk ist verbindlich für alle Länder der Europäischen Union und differenziert das Gesamtvermögen institutioneller Sektoren grundsätzlich in Sach- und Geldvermögen. Es enthält darüber hinaus Vorgaben zur einheitlichen Abgrenzung von Vermögensgütern, Forderungen und Verbindlichkeiten sowie institutionellen Sektoren.

2. Inwieweit berücksichtigt die Bundesregierung diese Studien und Daten bei ihren politischen Entscheidungen, insbesondere in der Steuerpolitik?

Die Bundesregierung nutzt grundsätzlich alle ihr verfügbaren Datenquellen zur Beurteilung der Ausgangslage und zur Fortentwicklung ihrer Steuerpolitik. Grundlegendes Leitbild hierfür ist ein wachstumsfreundliches, wettbewerbs-

fähiges und gerechtes Steuerrecht, dass die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit in den Mittelpunkt stellt und zugleich gewährleistet, dass sich niemand auf Kosten der Allgemeinheit seiner Steuerpflicht entziehen kann. Nach Berechnungen der OECD gehört Deutschland zu den Staaten, in denen die Ungleichheit der Markteinkommen mit am stärksten durch Steuern und Sozialtransfers reduziert wird.

3. Beabsichtigt die Bundesregierung, die Statistik der Vermögensverteilung in Deutschland zu verbessern?

Falls ja, mit welchen Mitteln?

Falls nein, warum nicht?

Die Datenlage im Bereich der Berichterstattung über die Vermögensverteilung hat sich in den letzten Jahren verbessert. Hinsichtlich der Frage nach weiteren Verbesserungen gilt es zunächst, die Ergebnisse bereits durchgeführter bzw. geplanter Erhebungen abzuwarten. Erste Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013 zum Vermögen hat das Statistische Bundesamt im Juli 2014 veröffentlicht. Gegenwärtig arbeitet die Deutsche Bundesbank an einer zweiten Welle der 2010/2011 erstmals erhobenen Panel-Studie (Befragung „Private Haushalte und ihre Finanzen“ bzw. Panel on Household Finance, PHF). Die Haushaltsbefragung erhebt die Zusammensetzung und Verteilung des Geld-, Immobilien- und Betriebsvermögens sowie das Sparverhalten und die Altersversorgung in Deutschland. Die Arbeit steht im Zusammenhang mit einem Projekt des Europäischen Zentralbanksystems, im Zuge dessen harmonisierte Daten für alle Länder des Euroraums erhoben werden sollen, womit länderübergreifende Vergleiche möglich sind.

4. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Vermögensverteilung in Deutschland leistungsgerecht ist (bitte begründen)?

Nach dem Konzept der Leistungsgerechtigkeit soll das Vermögen einem angemessenen Verhältnis zur erbrachten Leistung entsprechen. Es existiert jedoch kein allgemein akzeptierter Maßstab, mit dem sich Leistung in diesem Zusammenhang objektiv bemessen lässt, sodass sich die Frage nicht abschließend beantworten lässt.

Die Bundesregierung wird im fünften Armuts- und Reichtumsbericht aktuelle Entwicklungen der Vermögensverteilung aufzeigen und die Ergebnisse bewerten.

5. Wie hat sich das Netto-Gesamtvermögen der gesamten deutschen Bevölkerung jeweils in den Jahren von 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013, entwickelt?

Angaben zur Vermögensverteilung basieren auf Befragungsdaten, die immer auch mit den entsprechenden statistischen Problemen bei einer Verallgemeinerung auf die Grundgesamtheit Deutschlands einhergehen. Gerade bei Befragungen zu Vermögensverhältnissen, welche Bewertungsfragen und entsprechenden Selbsteinschätzungen einschließen, kann es zu Verzerrungen in der Güte der Antworten kommen. Ein in allen Bevölkerungsumfragen verbreitetes Problem besteht in einer nicht ausreichenden Repräsentation hoher und höchster Vermögen.

Die Entwicklung des durchschnittlichen Nettogesamtvermögens der privaten Haushalte zwischen den Jahren 1993 und 2013 kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Eine Zeitreihe ab dem Jahr 1990 liegt nicht vor.

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1993-2013^{*)}
Geld-, Immobilienvermögen und Schulden privater Haushalte
am 1.1. des jeweiligen Jahres

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland				
	1993	1998	2003	2008	2013
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	35 611	36 780	37 931	39 077	40 032
Durchschnitt je Haushalt in EUR					
Bruttogeldvermögen	28 200	32 600	40 300	47 700	46 800
Konsumentenkreditrestschulden	1 000	1 300	1 400	1 700	1 800
Ausbildungskreditrestschulden	.	.	.	300	500
Nettogeldvermögen	27 200	31 300	38 900	45 700	44 500
Haus- und Grundbesitz (Verkehrswerte)	93 700	99 900	109 700	96 400	103 800
Hypothekenrestschuld	14 200	18 600	25 600	24 500	24 800
Bruttogesamtvermögen	121 900	132 500	150 000	144 100	150 600
Gesamtschulden	15 200	19 900	27 000	26 500	27 100
Nettogesamtvermögen	106 700	112 600	123 000	117 600	123 500
in Mrd. EUR					
Summe des Nettogesamtvermögens	3 800	4 141	4 666	4 595	4 944

^{*)} Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 Euro und mehr (1993 und 1998) bzw. 18 000 Euro und mehr (2003 bis 2013) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Heft 2; Datenbasis: EVS

Nach aktuellen Analysen des DIW – auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) – belief sich das individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten in Deutschland im Jahr 2012 im Durchschnitt auf 83 308 Euro, im Jahr 2007 auf 81 089 Euro und im Jahr 2002 auf 79 941 Euro.

Unterschiede in den Ergebnissen aus den beiden Erhebungen resultieren u. a. aus verschiedenen Abgrenzungen in der Erfassung und Aufbereitung der Daten (Personen versus Haushalte) sowie der erfassten Vermögenskomponenten und aus verschiedenen Verfahren der Stichprobenziehung.

6. Wie hat sich die Verteilung einzelner Bestandteile des Vermögens entwickelt (bitte um Angaben über Geldvermögen, Immobilienvermögen und Betriebsvermögen jeweils in Dezile, Quintile oder andere verfügbare Vermögensklassen gegliedert und jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?

Für den vierten Armuts- und Reichtumsbericht hat das IAW eine Analyse der Vermögensstruktur auf Basis der EVS und des SOEP vorgelegt.

Komponenten des Nettovermögens in Deutschland

Vermögens-/Schuldenkomponenten in %	SOEP		EVS	
	2002	2007	2003	2008
Immobilienvermögen	82,85	78,92	84,09	77,61
Geld- und Wertpapiervermögen	11,59	14,39	20,25	26,97
Versicherungsvermögen (inkl. Bausparverträge)	10,95	13,51	4,44	6,02
Betriebsvermögen	11,76	10,79	10,69	9,89
Sachvermögen	1,74	1,37	-	-
Schulden	-18,89	-18,98	-19,47	-20,49

Angaben sind preisbereinigt mit Basisjahr 2005

Quelle: Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V. (IAW), Aktualisierung der Berichterstattung über die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland, Tübingen 2011.

Das IAW hat in seiner Analyse auch verglichen, wie sich die Zusammensetzung nach Vermögenskomponenten zwischen Personen mit hohem Vermögen und dem Rest der Bevölkerung unterscheidet. Weitere Unterscheidungen wie Dezile oder Quintile wurden bei der Analyse der Portfoliozusammensetzung nicht vorgenommen. Datenbasis war dabei die Stichprobenerhebung SOEP. Als Grenze diente das doppelte des arithmetischen Mittels aller Pro-Kopf-Haushaltsvermögen. Personen aus Haushalten mit einem darüber liegenden Vermögen werden in der Studie als vermögensreich bezeichnet.

Unter Zugrundlegung dieser Definitionen und Einschränkungen ergibt sich die Entwicklung der Verteilung einzelner Bestandteile des Vermögens aus nachfolgender Tabelle. Eine Zeitreihe ab dem Jahr 1990 liegt nicht vor.

Anteile und Bestände einzelner Vermögensarten, Pro-Kopf Haushaltsnettovermögen (Abgrenzung Vermögensreichtum), 2002, 2007

	2002			2007		
	Gesamt	nicht vermögensreich ¹	Vermögensreich	Gesamt	nicht vermögensreich ¹	Vermögensreich
Reichtumsschwelle in Euro (Vermögen)	134.242			136.882		
Bevölkerungsanteile in Prozent		86,98	13,02		87,08	12,92

Anteile der Besitzer der Vermögensart in Prozent

	2002			2007		
	Gesamt	nicht vermögensreich	Vermögensreich	Gesamt	nicht vermögensreich	Vermögensreich
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	47,86	40,98	93,80	44,96	38,04	91,61
Sonstiger Immobilienbesitz	13,90	9,01	46,50	14,09	9,36	46,00
Geld- und Wertpapiervermögen	52,09	47,85	80,45	55,62	51,38	84,18
Betriebsvermögen	8,29	5,77	25,07	7,48	5,17	23,05
Sachvermögen	13,40	10,70	31,47	9,09	7,33	20,93
Versicherungsvermögen (incl. Bausparverträge)	61,93	61,34	65,87	64,68	63,63	71,78
Schulden	41,61	41,57	41,88	43,94	44,09	42,89
Nettovermögen	79,82	76,79	100,00	77,54	74,21	100,00

Portfoliozusammensetzung des Vermögens in Prozent

	2002			2007		
	Gesamt	nicht vermögensreich	Vermögensreich	Gesamt	nicht vermögensreich	Vermögensreich
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	61,14	84,30	47,51	57,46	82,25	44,26
Sonstiger Immobilienbesitz	21,71	11,38	27,79	21,46	10,80	27,14
Geld- und Wertpapiervermögen	11,59	14,38	9,95	14,39	16,99	13,00
Betriebsvermögen	11,76	3,76	16,47	10,79	2,92	14,98
Sachvermögen	1,74	1,67	1,77	1,37	0,85	1,65
Versicherungsvermögen (incl. Bausparverträge)	10,95	17,07	7,35	13,51	22,41	8,77
Schulden	-18,89	-32,57	-10,85	-18,98	-36,21	-9,80
Insgesamt in Prozent	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Durchschnittliche Höhe der jeweiligen Vermögensart (nur falls positiv)

	2002			2007		
	Gesamt	nicht vermögensreich	Vermögensreich	Gesamt	nicht vermögensreich	Vermögensreich
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	85.743	58.803	164.358	87.475	59.060	166.965
Sonstiger Immobilienbesitz	104.876	36.101	193.922	104.219	31.512	203.857
Geld- und Wertpapiervermögen	14.938	8.593	40.140	17.702	9.031	53.357
Betriebsvermögen	95.243	18.618	213.092	98.735	15.433	224.483
Sachvermögen	8.697	4.467	18.299	10.336	3.151	27.283
Versicherungsvermögen (incl. Bausparverträge)	11.870	7.956	36.212	14.296	9.618	42.232
Schulden	-30.477	-22.396	-84.050	-29.564	-22.429	-78.988
Nettovermögen	84.876	38.160	324.473	89.276	38.018	345.554

Durchschnittliche Höhe der jeweiligen Vermögensart (alle)

	2002			2007		
	Gesamt	nicht vermögensreich	Vermögensreich	Gesamt	nicht vermögensreich	Vermögensreich
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	41.037	24.099	154.165	39.329	22.464	152.958
Sonstiger Immobilienbesitz	14.574	3.254	90.173	14.687	2.948	93.775
Geld- und Wertpapiervermögen	7.782	4.111	32.294	9.846	4.640	44.919
Betriebsvermögen	7.893	1.075	53.429	7.382	797	51.751
Sachvermögen	1.165	478	5.759	939	231	5.711
Versicherungsvermögen (incl. Bausparverträge)	7.351	4.881	23.852	9.247	6.120	30.315
Schulden	-12.681	-9.310	-35.197	-12.990	-9.890	-33.874
Nettovermögen	67.121	28.588	324.473	68.441	27.311	345.554

¹ Als vermögensreich gelten hier Personen mit einem Pro-Kopf-Vermögen von mehr als dem Doppelten des Durchschnittsvermögens

Angaben nicht preisbereinigt

Quelle: Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V. (IAW), Aktualisierung der Berichterstattung über die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland, Tübingen 2011.

7. Über welches Gesamtvermögen in Euro pro Person verfügen die reichsten Deutschen (bitte um Angaben für den jeweiligen Durchschnittswert des reichsten Promilles, Prozents, Dezils und Quintils jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?

Das DIW verortet das 99-Prozent-Perzentil für das Jahr 2002 auf 759 969 Euro, für das Jahr 2007 auf 787 500 Euro und für das Jahr 2012 auf 817 279 Euro. Das Perzentil gibt den Vermögensbetrag an, der die unteren 99 Prozent der Verteilung vom obersten Prozent trennt. Wie bei allen Stichprobenerhebungen sind auch hier Aussagen zu Randbereichen der Verteilung mit Unsicherheit behaftet. Eine Zeitreihe ab dem Jahr 1990 liegt nicht vor.

8. Über welches Gesamtvermögen verfügen die 500 reichsten Deutschen (bitte um Angaben jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine belastbaren Daten vor. Sie hält es für angemessen, die Entwicklung der Vermögensverteilung auf Basis anerkannter wissenschaftlicher Studien zu beobachten. Die wissenschaftliche Verteilungsforschung beschäftigt sich mit allgemeingültigen Aussagen zur Gesamtheit der Vermögen privater Haushalte und Kennziffern u. a. hinsichtlich ihrer Schichtung oder Gliederung nach sozioökonomischen Merkmalen.

9. In welchem Umfang zahlen die reichsten 500 Deutschen Steuern auf ihr Vermögen (bitte um Angaben absolut in Euro und relativ bezogen auf das Vermögen der reichsten 500 Deutschen jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?

Die Steuerzahlungen der reichsten 500 Deutschen können mit den vorhandenen steuerstatistischen Erhebungen nicht nachgewiesen werden.

10. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass die wohlhabendsten 10 Prozent der Bevölkerung gegenwärtig über mehr als 90 Prozent des Betriebsvermögens verfügen (bitte begründen)?
11. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass die wohlhabendsten 10 Prozent der Bevölkerung gegenwärtig über mehr als 75 Prozent des Aktienvermögens verfügen (bitte begründen)?

Die Fragen 10 und 11 werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung will auf Basis einer von Dialog, Kooperation und vertrauensvoller Sozialpartnerschaft geprägten Sozialen Marktwirtschaft das Fundament für den Wohlstand und die Teilhabe der Menschen stärken. Unter anderem wird die Vermögensbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen des Fünften Vermögensbildungsgesetzes bis zu bestimmten Einkommensgrenzen staatlich gefördert. Darunter fallen auch Sparverträge über Wertpapiere oder andere Vermögensbeteiligungen, z. B. Beteiligungen am Kapital des arbeitgebenden Unternehmens. Die Bundesregierung zieht darüber hinaus keine speziellen Konsequenzen aus der isolierten Betrachtung von Daten zur Verteilung des Betriebs- oder des Aktienvermögens.

12. Wie haben sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland entwickelt (bitte um Angaben in Euro jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?

Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen haben sich in Deutschland wie folgt entwickelt (Angaben in Euro für die Jahre 1991 bis 2013):

Tabelle: Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland (in Mrd. Euro)

1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
356,00	365,20	362,16	391,94	411,14	423,68	441,56	447,26	436,35	429,73	445,14	452,51
2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
466,86	541,42	576,05	652,64	690,22	660,97	579,83	651,83	686,12	676,63	711,28	

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2, Mai 2014

Aufgrund der Wiedervereinigung liegen vergleichbare Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) erst ab dem Jahr 1991 vor.

13. In welchem Umfang wurden die Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland besteuert (Angaben bitte absolut in Euro und relativ bezogen auf den jährlichen Gesamtwert der Unternehmens- und Vermögenseinkommen jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum darstellen, möglichst bis 2013)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Zahlen vor.

Die Berechnung einer derartigen Steuerquote wäre nur schätzungsweise möglich und ist aufgrund der damit verbundenen erheblichen Unsicherheiten nicht zielführend. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (UVE) sind ein Aggregat der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und setzen sich zusammen aus den Unternehmensgewinnen – inklusive eines kalkulatorischen Unternehmerlohns – und den per Saldo von privaten Haushalten empfangenen und vom Staat geleisteten Vermögenseinkommen. Über die Unternehmensgewinne liegen lediglich lückenhafte statistische Informationen vor. Somit sind die UVE im Rahmen der VGR bereits mit großen Ungenauigkeiten behaftet. Die Abgrenzung der VGR wiederum ist nicht kompatibel zu den in den Steuergesetzen definierten steuerlichen Bemessungsgrundlagen. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus dem für die Einkommensteuer angewandten Prinzip der synthetischen Einkommensbesteuerung in Verbindung mit dem progressiven Tarif. Eine exakte Zuordnung der festgesetzten Einkommensteuer zu den Einkunftsarten ist dadurch nicht möglich.

14. Wie haben sich die Einkommen aus Zinsen und Dividenden in Deutschland entwickelt (bitte um Angaben getrennt nach Zinsen und Dividenden jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?
15. Wie verteilen sich diese Einkommen aus Zinsen und Dividenden (bitte um Angaben getrennt nach Zinsen und Dividenden für das jeweils reichste Promille, Prozent, Dezil und Quintil jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?
16. Wie haben sich die Einkommen aus Pachten und Mieten in Deutschland entwickelt (bitte um Angaben jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?
17. Wie verteilen sich diese Einkommen aus Pachten und Mieten (bitte um Angaben für das jeweils reichste Promille, Prozent, Dezil und Quintil jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?

Die Fragen 14 bis 17 werden zusammen beantwortet.

Der Bundesregierung liegen hierzu keine entsprechenden Daten vor.

18. Über welches durchschnittliche Jahreseinkommen verfügen die Selbstständigen in Deutschland (bitte um Angaben jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?
19. Wie ist das Einkommen innerhalb der Gruppe der Selbstständigen verteilt (bitte um Angaben für das jeweils reichste Promille, Prozent, Dezil und Quintil jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?
20. Über welches durchschnittliche Jahreseinkommen verfügen die Solo-Selbstständigen (Selbstständige ohne beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) in Deutschland (bitte um Angaben jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?

Die Fragen 18 bis 20 werden zusammen beantwortet.

Das durchschnittliche Monatseinkommen für Haushalte mit einer selbstständigen Person als Haupteinkommensbezieherin bzw. -bezieher kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Für das oberste Dezil wird nicht der Durchschnitt, sondern der Median des Nettoeinkommens ausgewiesen. Der Median teilt das oberste Dezil in zwei Hälften. Er beträgt 10 262 Euro, d. h. jeweils eine Hälfte der Fälle liegt unter bzw. über diesem Wert. Für alle Haushalte von Selbstständigen liegt der Median bei 3 444 Euro.

Im Jahr 2003 betrug das durchschnittliche Monatseinkommen 5 200 Euro brutto bzw. 4 377 Euro netto. Der Median aller Nettoeinkommen der Haushalte von Selbstständigen belief sich auf 3 703 Euro, im obersten Dezil waren es 10 070 Euro.

Angaben zum monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von Solo-Selbstständigen für das Jahr 2011 auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von Solo-Selbständigen, Selbständigen mit Beschäftigten und Arbeitnehmern 2011

In Euro

	Untere 10 Prozent	Untere 25 Prozent	Median	Obere 25 Prozent	Obere 10 Prozent	Mittel- wert
Haushaltseinkommen						
Solo-Selbständige	1 003	1 680	2 500	3 850	5 000	3 056
<i>darunter:</i> Alleinstehende	750	1 000	1 600	2 200	3 000	1 990
Selbständige mit Arbeitnehmern	1 500	2 200	3 400	5 000	7 000	4 093
<i>darunter:</i> Alleinstehende	1 000	1 500	2 500	3 500	6 500	2 989
Arbeitnehmer ¹	1 300	1 850	2 700	3 600	4 800	2 926
<i>darunter:</i> Alleinstehende	900	1 200	1 589	2 000	2 700	1 719
Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen						
Solo-Selbständige	810	1 133	1 650	2 267	3 000	1 927
Selbständige mit Arbeitnehmern	833	1 333	2 000	3 000	4 667	2 487
Arbeitnehmer ¹	900	1 200	1 600	2 133	2 762	1 758

¹ Ohne Auszubildende und Personen in arbeitsmarktpolitischen Beschäftigungsmaßnahmen.

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel (v28); Berechnungen des DIW Berlin.

Quelle: Karl Brenke: Allein tätige Selbständige: starkes Beschäftigungswachstum, oft nur geringe Einkommen, in DIW-Wochenbericht 7/2013, S. 14.

Eine der Darstellung entsprechende Zeitreihe für die angefragten Jahre liegt der Bundesregierung nicht vor.

21. Wie hat sich der Gesamtwert der Erbschaften in Deutschland entwickelt (bitte um Angaben jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?
22. Wie hat sich der Gesamtwert jener Erbschaften in Deutschland entwickelt, bei denen jeweils mehr als 1 Mio. Euro vererbt wurden (bitte um Angaben jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?
23. Wie hat sich der Gesamtwert jener Erbschaften in Deutschland entwickelt, bei denen jeweils mehr als 10 Mio. Euro vererbt wurden (bitte um genaue Angaben jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?
24. Wie hat sich der Gesamtwert jener Erbschaften in Deutschland entwickelt, bei denen jeweils mehr als 100 Mio. Euro vererbt wurden (bitte um Angaben jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?
25. In welchem Umfang wurde der Gesamtwert der Erbschaften in Deutschland besteuert (Angaben bitte absolut in Euro und relativ bezogen auf den Gesamtwert der Erbschaften jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum darstellen, möglichst bis 2013)?
26. In welchem Umfang wurde der Gesamtwert jener Erbschaften in Deutschland besteuert, bei denen jeweils mehr als 1 Mio. Euro vererbt wurden (bitte um Angaben absolut in Euro und relativ bezogen auf den Gesamtwert der Erbschaften oberhalb von 1 Mio. Euro jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?

27. In welchem Umfang wurde der Gesamtwert jener Erbschaften in Deutschland besteuert, bei denen jeweils mehr als 10 Mio. Euro vererbt wurden (bitte um Angaben absolut in Euro und relativ bezogen auf den Gesamtwert der Erbschaften oberhalb von 10 Mio. Euro jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?
28. In welchem Umfang wurde der Gesamtwert jener Erbschaften in Deutschland besteuert, bei denen jeweils mehr als 100 Mio. Euro vererbt wurden (bitte um Angaben absolut in Euro und relativ bezogen auf den Gesamtwert der Erbschaften oberhalb von 100 Mio. Euro jeweils für die Jahre 1990 bis zum aktuellsten Datum, möglichst bis 2013)?

Die Fragen 21 bis 28 werden zusammen beantwortet.

Der Gesamtwert der Erbschaften in Deutschland wird nicht erfasst. Ein teilweiser Nachweis der Erbschaftswerte ist über die Erbschaftsteuerdaten möglich.

Nach einer Auswertung durch das Statistische Bundesamt gab es im Jahr 2010 insgesamt 858 768 Sterbefälle. Von diesen wurden 807 278 (94,0 Prozent) von der Finanzverwaltung hinsichtlich der Erbschaftsteuer nicht aufgegriffen, da die Erbschaftsteuer grundsätzlich immer dann greift, wenn die Werte der übertragenen Vermögen über den persönlichen Freibeträgen liegen. In nicht aufgegriffenen Fällen sind die Werte des übertragenen Vermögens statistisch nicht nachweisbar.

In 51 490 Fällen (6,0 Prozent der Sterbefälle) wurde eine Erbschaftsteuerveranlagung durchgeführt. Diese Fälle können wie folgt untergliedert werden:

- Bei 11 Prozent dieser Sterbefälle (5 669 Fälle) entstand keine Steuerbelastung.
- Bei 89 Prozent dieser Sterbefälle (45 821 Fälle, 5,3 Prozent der Sterbefälle) war der steuerpflichtige Erwerb größer Null, so dass eine Steuerbelastung entstand.

Die folgenden Erbschaftsteuerdaten beruhen auf einer Sonderauswertung durch das Statistische Bundesamt. Berücksichtigt wurden alle steuerpflichtigen Erwerbe von Todes wegen. Es werden die Festsetzungsjahre 2007 bis 2012 dargestellt. Für die Jahre ab 1990 liegen mit Ausnahme der Jahre 2002 und 2006 keine Daten vor. Die statistischen Daten für die Jahre 2002 und 2006 sind aufgrund der methodischen Änderungen in der Statistik nicht unmittelbar vergleichbar und wurden daher nicht einbezogen. Für das Jahr 2013 liegen noch keine Ergebnisse vor.

Der statistische Nachweis bezieht sich auf alle Erwerbe, für die im Berichtsjahr Erbschaftsteuer festgesetzt wurde. Der Zeitpunkt der Steuerentstehung (Sterbedatum) reicht in der Regel in die Vorjahre zurück. Die Auswertungen beziehen sich nur auf Fälle mit unbeschränkter Steuerpflicht. Einbezogen wurden auch Festsetzungen, die zu einem steuerpflichtigen Erwerb von Null geführt haben. In den Auswertungen wurden nur die Erstfestsetzungen, nicht jedoch spätere Änderungsfestsetzungen berücksichtigt.

In den Tabellen wird als Ausgangsgröße der Wert der Erwerbe vor Abzug von sachlichen und persönlichen Steuerbefreiungen dargestellt (mit Fallzahl). Dieser Wert der Erwerbe ist die Summe der Werte der anteiligen Nachlassgegenstände, der anteiligen Nachlassverbindlichkeiten, der allein zu tragenden Nachlassverbindlichkeiten und der sonstigen Erwerbe. Durch Subtraktion von sachlichen und persönlichen Steuerbefreiungen und Addition von Vorerwerben ergibt sich der in der Tabelle nachgewiesene steuerpflichtige Erwerb. Diese Größe ist die Bemessungsgrundlage des Erbschaftsteuertarifs. Die Multiplikation mit den Steuersätzen entsprechend der Steuerklasse führt zur festgesetzten Steuer. In der Tabelle werden die Durchschnittssteuersätze angegeben.

Ein Nachweis der Erbschaften mit Erwerben von mehr als 100 Mio. Euro ist aus Gründen der statistischen Geheimhaltung nicht möglich.

Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2007 - 2012							
Erwerbe von Todes wegen ¹⁾							
Erwerbe vor Abzug insgesamt							
Festsetzungs- jahr	Erwerbe vor Abzug ²⁾		Steuerpflichtiger Erwerb ³⁾		Tatsächlich festgesetzte Steuer		
	Anzahl	1.000 €	Anzahl	1.000 €	Anzahl	1.000 €	Steuer- belastung des steuer- pflichtigen Erwerbs in %
2007	152.823	21.965.697	141.315	15.733.218	140.005	2.914.382	18,5
2008	153.255	23.029.346	140.531	17.451.454	139.490	3.219.922	18,5
2009	146.210	21.478.505	133.222	15.177.590	132.150	2.874.942	18,9
2010	124.955	24.712.933	110.331	15.909.375	109.363	3.352.764	21,1
2011	126.810	29.577.066	109.975	16.831.269	108.947	3.505.934	20,8
2012	122.797	19.307.421	104.936	16.701.755	103.974	3.586.528	21,5
Erwerbe vor Abzug größer 1 Mio. Euro							
Festsetzungs- jahr	Erwerbe vor Abzug ²⁾		Steuerpflichtiger Erwerb ³⁾		Tatsächlich festgesetzte Steuer		
	Anzahl	1.000 €	Anzahl	1.000 €	Anzahl	1.000 €	Steuer- belastung des steuer- pflichtigen Erwerbs in %
2007	2.648	6.735.171	2.553	5.550.745	2.544	1.165.450	21,0
2008	2.629	7.585.845	2.551	7.154.163	2.540	1.467.870	20,5
2009	2.407	6.479.966	2.327	5.322.576	2.320	1.165.754	21,9
2010	3.268	9.687.090	3.044	6.695.118	3.021	1.351.265	20,2
2011	4.126	12.771.958	3.677	6.989.794	3.651	1.477.894	21,1
2012	4.290	12.515.761	3.753	7.238.114	3.727	1.611.606	22,3
Erwerbe vor Abzug größer 10 Mio. Euro							
Festsetzungs- jahr	Erwerbe vor Abzug ²⁾		Steuerpflichtiger Erwerb ³⁾		Tatsächlich festgesetzte Steuer		
	Anzahl	1.000 €	Anzahl	1.000 €	Anzahl	1.000 €	Steuer- belastung des steuer- pflichtigen Erwerbs in %
2007	70	1.392.461	69	1.200.627	69	302.065	25,2
2008	81	2.328.576	79	2.393.270	78	621.999	26,0
2009	60	1.621.433	59	1.430.369	59	384.747	26,9
2010	120	2.988.402	111	1.854.222	107	436.445	23,5
2011	158	4.573.908	132	1.706.805	130	437.642	25,6
2012	135	3.899.566	126	1.909.170	126	563.573	29,5

1) Erstfestsetzungen von unbeschränkt Steuerpflichtigen ohne Stiftungen (einschl. Fälle mit einem steuerpflichtigen Erwerb von Null).

2) Nachweis nur für maschinelle Fälle.

3) Aufgrund von Vorerwerben und des Hinzurechnungsbetrages für Steuerübernahme (übernommene Steuer nach § 10 Abs. 2 ErbStG) kann der steuerpflichtige Erwerb den Erwerb vor Abzug übersteigen.

